

30. Jahrestag der Gründung der DDR

Dreißig Jahre Stärkung der sozialistischen Staatsmacht



**Dr. KLAUS SORGENICHT, Leiter der Abteilung Staats- und Rechtsfragen
im Zentralkomitee der SED,
Mitglied des Staatsrates der DDR**

Am 7. Oktober 1979 jährt sich zum 30. Male der Gründungstag der Deutschen Demokratischen Republik. Die zurückliegenden drei Jahrzehnte bestätigen, daß die Gründung der DDR zu einem Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes — ja, zu einem Wendepunkt in der Geschichte Europas wurde

Welche Tatsachen charakterisieren vor allem diesen Wendepunkt?

1. Es entstand ein deutscher Staat, dessen Weg und Ziel dem Charakter unserer Epoche entsprach, des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

2. Es entstand auf deutschem Boden ein Staat der Arbeiter und Bauern als eine Form der Diktatur des Proletariats, der heute die Interessen des ganzen werktätigen Volkes vertritt.

3. In der Gründung der DDR wird die tiefgreifende Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis charakterisiert, die vor allem durch den Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus erzwungen wurde.

4. Die Gründung der DDR war ein wichtiges Kettenglied im revolutionären Weltprozeß zur Herausbildung und Festigung des sozialistischen Weltsystems.

5. Erstmals entstand im Herzen Europas ein deutscher Staat, der sich als Bollwerk des Friedens behaupten und sich vor allem gegen alle unverbesserlichen — „Ostlandritter“ bewähren sollte.

Die Gründung der DDR war eine schwere Niederlage für den deutschen Imperialismus, der einen großen Teil seines Territoriums verlor und dessen Aktionsradius weiter eingeeengt wurde.

*Lehren aus der deutschen Geschichte *11*

Unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei zog die Arbeiterklasse in der DDR aus der deutschen Geschichte grundlegende Lehren auf dem Gebiet des Staates und des Rechts. Sie ging aus vom Aufruf der KPD vom

11. Juni 1945 und stützte sich auf die von den Siegermächten über das faschistische Deutschland im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 festgelegten Prinzipien und Forderungen zum demokratischen Neuaufbau.

Zunächst war es notwendig, den alten bürgerlich-faschistischen Staatsapparat vollkommen zu zerschlagen und einen neuen aufzubauen. Dieser in seinem Charakter völlig neue Staatsapparat wurde besetzt mit antifaschistischen Widerstandskämpfern, mit Aktivisten der ersten Stunde, mit Produktionsarbeitern und werktätigen Bauern. In den Jahren 1945 bis 1952 übernahmen auf diese Art 160 000 Arbeiter aus der materiellen Produktion verantwortliche Funktionen in Staat und Wirtschaft. Das kennzeichnet die Größe des historischen Umbruchs. Die gesamte Struktur des Staatsapparates war grundlegend zu verändern. Dazu gehörte auch die Beseitigung der sogenannten Gewaltenteilung, jener äußeren Fassade des bürgerlich-kapitalistischen Staatsapparates, die ja — entgegen jeder Realität —

noch heute in den Ländern des Kapitals als angeblich unveräußerliche demokratische Errungenschaft gepriesen wird.

Uns ging es in der DDR in diesem revolutionären Prozeß um die Herstellung der Machtvollkommenheit der Volksvertretungen und damit um die Durchsetzung des Prinzips der Volkssouveränität. Das Berufsbeamtentum mit allen Privilegien für die im Staatsapparat Tätigen wurde beseitigt. Die demokratische Mitarbeit der Werktätigen wurde in breitem Umfang entwickelt.

Die bürgerliche Rechtsordnung wurde durch eine neue, antifaschistisch-demokratische und später sozialistische Rechtsordnung ersetzt. Das schloß vor allem den Einsatz und die Ausbildung von Volksrichtern und Volksstaatsanwälten ein sowie die Beseitigung der faschistischen Gesetzgebung und die Schaffung neuer Gesetze, die den Interessen des Volkes entsprachen. Die formelle Beseitigung der Gesamtheit der bürgerlichen Gesetze dauerte allerdings länger. Erst im Jahre 1975 wurde dieser Prozeß im wesentlichen abgeschlossen. Aber das bürgerlich-imperialistische Klassenwesen dieser zunächst noch übernommenen Gesetze war schon vorher, d. h. im Prozeß ihrer Anwendung und Auslegung durch unsere sozialistischen Gerichte, überwunden worden.

Insgesamt verband die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei den Aufbau unseres sozialistischen Staates und seines Rechts stets mit großer erzieherischer Arbeit. Das war erforderlich, um insbesondere die Folgen der preußisch-deutschen Staatsentwicklung und -praxis zu beseitigen und dafür eine offene, aufnahmebereite Atmosphäre bei den Werktätigen für das sozialistische Staats- und Rechtsbewußtsein zu schaffen. Jahrzehntelang bestand berechtigtes Mißtrauen gegenüber der bürgerlichen Staatsgewalt. Jetzt ging es darum, bewußt zu machen, daß unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht nur eine Identifizierung mit den Zielen des sozialistischen Staates möglich war, sondern daß vom Umfang der bewußten Mitarbeit und Unterstützung und von der freiwilligen Einhaltung der Normen des sozialistischen Rechts durch alle Bürger zugleich die Stärke und Überlegenheit der neuen Ordnung abhing.¹

In diesem revolutionären Prozeß erwiesen sich insbesondere die Parteiorganisationen der SED, die befreundeten Parteien und die Massenorganisationen und alle Formen der sozialistischen Demokratie als Werkstätten eines neuen Staatsbewußtseins.

Mit der Beseitigung der Wurzeln des Faschismus und Imperialismus ging also unter Führung der Partei eine beharrliche politisch-ideologische Arbeit einher. Sie führte nicht zuletzt auch zur Überwindung der unter der imperialistisch-faschistischen Herrschaft eingepflanzten und erzogenen antisowjetischen und antikommunistischen Einstellungen. Von Anbeginn wuchs bei unseren Werktätigen so die Erkenntnis, daß die Freundschaft zur Sowjetunion und ihrer führenden Kraft, der KPdSU, eine lebenswichtige